

Bezugspreis:
Stückpreis 1,00 Mk. monatlich 2,00 Mk.
Preis des Jahrs 20,00 Mk.
Preis des Quartals 5,00 Mk.

Vorwärts

Anzeigenpreis:
Die Anzeigenpreise sind in der
Anzeigenliste Nr. 1000 abgedruckt.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 28. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Deutschlands Verzicht auf Kolonien gefordert!

Paris, 27. April. Nach dem diplomatischen
Situationsbericht berieten Wilson, Clemenceau und Lloyd George am Sonnabend den Schluß des
Verichts der Finanzkommission. Es handelt sich dabei um
Kurs- und andere Finanzfragen, nicht um den Schadenersatz.

Japans Rechte auf Kiautschou sollen im Friedensvertrag
festgelegt werden. Dabei wird Japan die Verpflichtung auferlegt,
Kiautschou an China zurückzugeben. In der Frage von Schantung
kam es zu einem Kompromiß. Strittig ist nur noch die Frage des japanischen
Antrages auf Gleichberechtigung der Rasse.

Der amerikanische, britische, französische und japanische
Minister des Aeußeren beschloßen grundsätzlich, daß
Deutschland alle seine Kolonien abgeben muß. In der Frage des
Luftverkehrs wurde beschlossen, daß die alliierten Flieger bei
Gewährung von Gegenseitigkeit das Recht haben sollen,
deutsches Gebiet zu überfliegen.

Paris, 27. April. (Havas.) Die alliierten und assoziierten
Regierungen haben beschlossen, provisorisch in die Friedens-
proliminarien zur die Bestimmung aufzunehmen, daß
Deutschland auf seine früheren Kolonien verzichte. Die Frage
der Verteilung und der Bestimmung der Kolonialmandate wird
weiteren Beratungen vorbehalten.

Bis zum letzten Centime!

Die Besetzung des linken Rheinufer.

Paris, 27. April. „Matin“ veröffentlicht in Ergänzung
der Ausführungen Hochs im Ministerrat die Auffassung
des interalliierten Oberkommandos über das
Regime auf dem linken Rheinufer. Danach müßte
Frankreich sich gegen die Wiederkehr von neuen
Angriffen schützen und müßte sich bis zum letzten
Centime bezahlen lassen. Solange müsse das linke
Rheinufer besetzt bleiben. Habe Deutschland voll
bezahlt, so sollten die Alliierten beschließen, ob das
Besatzungsheer vermindert, beibehalten oder
aufgehoben werden solle. Der Militärdienst werde in
Frankreich auf ein Jahr festgesetzt und 10 000 Franzosen
würden in den rheinischen Bezirken in den wundervollen
deutschen Kasernen liegen.

Henderson zur Friedensfrage.

Gegen den Volkshetwismus.

Amsterdam, 27. April. In einer Unterredung mit einem
Sekretär von Ricome Rotterdamse Courant erklärte Henderson,
man erwäge den Plan, einen sozialistischen Studienaus-
schuß ausschließlich aus Sekretären neutraler Länder nach Ruß-
land zu entsenden. Solch ein Ausschuß würde wahrscheinlich
Erfolge erzielen. Henderson erklärte, die britischen Ar-
beiter seien gegen jede Rachepolitik und forderten
nur, daß eine Schadenersatzung gemäß den Bestimmungen
des Waffenstillstandsvertrages von den Gegnern geleistet werde.
Er erinnerte nachdrücklich an die Tatsache, daß die Unterzeichnung
des Waffenstillstandsbedingungen sowohl Lloyd George als auch Clemenceau
und Orlando an Präsident Wilson ein Telegramm ge-
sandt hätten, in dem sie ihn ermächtigten,

den Frieden auf der Grundlage der bekannten
14 Punkte anzubieten;

richt sei es Aufgabe aller Parteien, danach zu streben, daß alle Er-
wartungen, die sich an diese 14 Punkte knüpfen, erfüllt würden.
Henderson sagte, der Volkshetwismus sei in England noch nicht
durchgedrungen. Die britische Arbeiterpartei mißbillige jede
Schreckensherrschaft und jeden Mißbrauch der Macht, sie wende sich
ebenso gegen die Auswüchse des Volkshetwismus, wie früher
gegen diejenigen der Zarenherrschaft. Zum Schluß erklärte Henderson,
er sei seinerzeit wegen politischer Meinungsverschiedenheiten in
der russischen Frage aus dem englischen Kabinett ausgeschieden, sein
Vertrauen in Lloyd George sei jedoch unerschütterlich.

Amsterdam, 28. April. Der Sekretär der britischen Arbeiter-
partei, Arthur Henderson, der als englischer Delegierter zu
der Internationalen sozialistischen Konferenz nach Amsterdam ge-
kommen ist, gewährte einem Vertreter des Wolffschen Bureaus eine
Unterredung, in der er u. a. auf die dringende

Notwendigkeit eines raschen Friedensschlusses
hinwies. Henderson sagte, die Berner Konferenz und die englischen
Arbeiter hätten sich mit allen Kräften dafür eingesetzt, die
sofortige Aufnahme Deutschlands und Rußlands in den Völkerverbund
durchzusetzen

oder doch wenigstens zu erreichen, daß sie nicht lange hinausge-
schoben wird. Die Unterzeichnung des Pariser Friedens würde von
selbst die

Aufhebung der Blockade

mit sich bringen. Wenn der Friede von den Deutschen nicht unter-
zeichnet würde, und in Deutschland der Volkshetwismus mit seinen

unvermeidlichen Folgen käme, so würde das für Deutschland selbst
und für die ganze Welt ein Verhängnis sein. Es sei für die
Deutschen besser, einen unbefriedigenden Frieden an-
zunehmen, als durch Ablehnung der Friedensbedingungen einen
Zustand heraufzubeschwören, dessen Wirkung sich nicht absehen
lassen würde. In den Entente-Ländern, auch in England, herrsche
noch immer gegen die Aufrichtigkeit der demokratischen Um-
kehr in Deutschland großes Mißtrauen, das den dortigen
Arbeitsern ihre Bemühungen erschwere.

Man könne u. a. nicht begreifen, warum in der deutschen Friedens-
delegation die Reichssozialisten zu schwach und die Unabhängigen
gar nicht vertreten seien.

Man sei geneigt, das als ein Zeichen dafür aufzufassen, daß der
Einfluß der Sozialisten in Deutschland tatsächlich nicht so aus-
schlaggebend sei, wie behauptet werde. Der beste Weg für
Deutschland, um zu einer baldigen Konsolidierung der Lage und
zu einem vernünftigen politischen und wirtschaftlichen Wiederauf-
bau zu gelangen, sei der, das noch immer starke Mißtrauen in
den Entente-Ländern dadurch zu beseitigen, daß es den Frieden an-
nehme und im Hinblick darauf vertraue, daß die Demokratie
der Westmächte stark genug sein werden, um seinen berechtigten
Forderungen Geltung zu verschaffen und dafür zu sorgen, daß
schließlich im Rahmen des Völkerverbundes eine allseitig be-
friedigende Regelung zustande kommt. Mit der Unter-
zeichnung des Friedensvertrages würden die Deutschen den Arbeitern
in den Entente-Ländern eine wirksame Waffe für eine energische
Aktion zugunsten Deutschlands in die Hände geben, und sie würde
als der beste Beweis dafür betrachtet werden, daß man in Deutsch-
land wirklich radikal mit der Vergangenheit gebrochen hat und ent-
schlossen ist, sich ehrlich an der Neugestaltung der Welt zu beteiligen.
Ein solcher Friede sei augenscheinlich von so überragender Bedeu-
tung, daß daneben alle anderen Erwägungen in den Hintergrund
treten müßten.

Eröffnung der Amsterdamer Sozialisten-
konferenz.

Amsterdam, 26. April. Das Internationale So-
zialistische Bureau teilte mit, daß bezüglich der Offenlich-
keit der Verhandlungen der Internationalen Sozialistischen Kon-
ferenz beschlossen wurde, die sozialistische Presse zu den
Erörterungen zuzulassen.

Als erster Redner erklärte der belgische sozialistische Abgeord-
nete Anseels im Namen der belgischen Arbeiterpartei, daß diese
an der Konferenz teilnehmen, und setzte andeinander, unter
welchen Bedingungen sie bereit sei, an einem allgemeinen Kongreß,
der innerhalb einiger Monate stattfinden soll, teilzunehmen. Die
Bedingungen stimmten mit den Beschlüssen der Berner Kon-
ferenz überein. Die belgische Partei verlangte, daß das Inter-
nationale Sozialistische Bureau wiederum seinen Sitz in Brüssel
nehme.

Im Namen des Komitees berichtete hierauf Ramsay
Macdonald über die in Paris getanen Schritte zur Ausfüh-
rung der in Bern gefaßten Beschlüsse. Im Anschluß daran kam
es zu einer Debatte darüber, was außerdem noch für die Be-
glaubigung der Berner Beschlüsse getan werden müsse.

Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Amsterdam, 27. April. Wie verlautet, kam man auf der gestern
abgehaltenen nicht öffentlichen Sitzung der Internationalen Sozia-
listenkonferenz überein, die Frage der Verantwortlichkeit
für den Krieg in einigen Monaten auf dem Londoner Kon-
greß zur Sprache zu bringen, da die Belgier ihre Teilnahme
an der Konferenz an diese Bedingung geknüpft hatten. Macdo-
nald erklärte über den von der Friedenskonferenz ausgearbeiteten
Völkerverbundentwurf Bericht und teilte mit, daß Lord
Robert Cecil der Berner Delegation erklärte, daß Deutsch-
land mit Rußland in den Völkerverbund auf-
genommen werden, sobald es die Umstände gestatteten. Der argen-
tinische Delegierte Tomaso unterbreitete eine Erklärung über
den von der Friedenskonferenz gefaßten Beschluß, in
Deutschland ein Berufsheer ins Leben zu rufen. Darin heißt
es, auf der Friedenskonferenz habe man gesagt, diese Lösung der
Frage sei der Beginn der Abrüstung in Europa. Wenn
dieses System von den anderen Ländern angenommen werden
würde, so entstünde daraus für den Sozialismus und die
Demokratie eine große Gefahr, denn das Berufsheer könne
in Händen der Regierung und der Gegenrevolution ein gefährliches
Instrument sein; die Sozialisten müßten dieses System bekämpfen.
Die Erklärung schließt mit der Forderung der Volksmilitär-
Macdonald hat, daß dieser Vorschlag zurückgezogen werde; die eng-
lischen Vertreter hätten sich nicht gegen das Berufsheer erklären.
Renouard unterstützte den argentinischen Vorschlag, indem er
erklärte, die Engländer sprächen wohl von der Abrüstung zu Lande,
aber nicht von der Abrüstung zur See, und aus diesem Grunde
erkennt sie auch nicht die Gefahr eines Berufsheeres. Renouard
fuhr fort, man müsse von der Friedenskonferenz in Paris ver-
langen, daß sie die Sozialisten von neuem in der Frage des
Völkerverbundes anhöre; wenn diese sich weigerte, dies zu tun,
müßte man an die Ueberzeugung der Sozialisten und Arbeiter der
ganzen Welt appellieren.

Die Suche nach dem Frieden.

Von Friedrich Stampfer.

Die deutsche Delegation fährt heute nach Versailles, um den
Frieden zu suchen, den Frieden, nach dem alle Welt sich sehnt.
Heute sind wir noch — wir vergessen es zu leicht — im Krieg.
Der seit Abschluß des Waffenstillstands mit allen Mitteln weiter-
geführt worden ist, ausgenommen das eine der unmittelbaren
Massentötung. Die Entente hält mit bewaffneter Macht weite
Gebiete des Reiches besetzt und droht weitere zu besetzen, wenn
wir uns ihren Forderungen nicht fügen. Unsere Kriegsbeschäftig-
ten leisten noch in Feindesland Fronarbeit; für sie ist noch
immer Krieg, soweit seit ihrer Gefangennahme noch Krieg für
sie getrieben ist. Die Blockade ist nicht aufgehoben, sondern nur
gemildert; ihre neue vollständige Durchführung droht, wenn
wir den Friedensvertrag nicht unterzeichnen. Ja, es ist noch
immer Krieg, nur daß wir, im Bewußtsein unserer Unterlegen-
heit, dem Gegner keine Gelegenheit mehr geben, auf uns zu
schließen.

Auch heftig ist noch nicht abgerückt. Der „Matin“ schreibt
vor Versailles genau so wie die „Deutsche Tageszeitung“ vor
Brüssel-Litovel. Heißt es: „Wir sind die Sieger!“ Als
der General Hoffmann den Russen diese Worte entgegenbrachte,
ging ein Schrei der Entrüstung durch alle Welt. Werden
wir in Versailles andere Töne zu hören bekommen? Und wenn
nicht, wo ist die stillere Macht, die verhindern wird, daß auch
dieser Frieden von der Gewalt diktiert wird, statt von der
Reinheit und vom Recht?

Ein Frieden der Gewalt, mag er unterzeichnet werden oder
nicht, wird aber auf keinen Fall der Frieden sein, den die Welt
haben will. Auch er wird nichts anderes sein als ein Krieg, in
dem gerade nur nicht oder noch nicht geschossen wird. Der
wirkliche Frieden liegt erst weit hinter diesem unheilvollen Zu-
stand, der weh weh!

Genosse Bernstein hat gestern hier den dankenswerten
Versuch gemacht, für die geistige Abrüstung zu wirken, vone
jede militärische nur ein bloßes Verhängnis heißt. Er hat
darauf hingewiesen, daß Frankreich in diesem Kriege gelitten
hat, wie begreiflich daher sein Wunsch ist, sich wiederhergestellt
zu sehen und eine Wiederholung des gleichen Unheils zu ver-
meiden. Es ist nicht anzunehmen, daß die deutsche Friedens-
delegation für solche Gedankengänge kein Verständnis besitzen
sollte; fehlte es ihr, so wäre sie für ihre Aufgabe sicherlich nicht
geeignet.

Ja, Frankreich hat im Krieg noch mehr gelitten als wir.
Das französische Volk ist an dem Krieg so unglücklich wie das
deutsche, und seine gegenwärtigen Machthaber sind an ihm weitaus
schlimmer als unsere einstigen Machthaber — obwohl auch sie
nicht unglücklich sind. Sollten wir sie für unglücklich erklären
oder — um von Personen abzugehen — sollten wir den Anteil
der Schuld verkennen, der dem francko-britischen Teil der kapitali-
stischen Welt zufällt, so müßten wir alles vergessen haben, was
wir vor dem Kriege von französischen und englischen Sozialisten
lernten.

Der Krieg gegen Frankreich wäre eine psychologische Un-
möglichkeit gewesen, wenn die französische Bourgeoisrepublik
nicht damals die Bundesgenossin des Parisismus
gewesen wäre. Wenn Frankreich heute, aus tausend Wunden
blutend, auch des Sieges nicht froh werden kann, den es mit
Hilfe seiner weissen Bundesgenossen errungen hat, so ist das
die Schuld nicht nur der deutschen, sondern auch der fran-
zösischen Politik vor dem Kriege, aus der unsere französi-
schen Genossen mit Recht alles Unheil probeseiten:

Gleichviel, die Massen des französischen Volkes waren
friedliebend. Das österreichische Ultimatum, die deutsche
Kriegserklärung, der völkerrechtswidrige Einbruch in Bel-
gien, das alles mußte in ihnen den Eindruck erwecken, daß sie
mitten im Frieden überfallen worden seien, und die deutsche
Kriegführung auf der einen Seite, die stimmungsgemäße
Ausnutzung deutscher Schuld und deutscher Fehler durch die
französische Regierung auf der anderen, waren nicht geeignet,
ihre Gefühle zu mildern.

Diese Stimmung ist ein fruchtbarer Boden für die
Politik militärischer Eisenfresser und kapitalistischer An-
nektionsbefehlshaber, die in Frankreich nicht seltener an-
zutreffen sind als bei uns. Wenn wir eine solche Poli-
tik bekämpfen, wie wir die Politik der Alldeutschen
bei uns bekämpften, so sind wir überzeugt, damit
letzten Endes ebenso gut für die wirklichen Inter-
essen des französischen Volkes einzutreten wie für die unsern.
Der Gewalt, der Sieg, der Machtfrieden ist weiter nichts als
Sand in die Augen, und das Volk, das ihn schließt,
wird zuletzt der Betrogene sein.

Ein dauernd gutes Verhältnis zu Deutschland, das bei
verständlicher Regelung der bestehenden Streitigkeiten durch-

aus möglich ist, nützt dem französischen Volk mehr als alle Grenzversicherungen und alle Schuldcheine mit fabelhaften Zinsen. Darum aber geht es uns, das muß so laut wie möglich gesagt werden. Wir wollen einen ehrlichen Frieden unterzeichnen und sind bereit, tragbare Lasten, die aus ihm entspringen, auf uns zu nehmen. Wir wollen nur nicht gezwungen werden, einen Scheinfrieden, einen unerfüllbaren Vertrag zu unterschreiben, handeln zu müssen wie leichtsinnige Kavaliere, die alles versprechen, was sie nicht halten können.

Möge es der deutschen Delegation gelingen, für diesen Standpunkt in der Welt Verständnis zu erwerben. Möge man draußen — trotz aller tendenziösen Einstellung im Innern — begreifen, daß ein Volk noch nicht nationalistisch ist, weil es fremden Nationalismus nicht ruhig gewähren läßt, sondern internationale Gerechtigkeit auch für sich selber fordert!

Die Frage, ob es zur Unterzeichnung kommen wird oder nicht, ist die große Frage eines trogischen Augenblicks. Wert und Haltbarkeit des abzuschließenden Vertrages werden aber nicht davon abhängen, was unter ihn geschrieben, sondern was in ihn hineingeschrieben wird. Verträge, die gegen Vernunft und Möglichkeit verstoßen, werden durch die Macht der Tatsachen wieder umgestoßen werden. Unterzeichnet, durch die sich ein Volk zur Selbstvernichtung verpflichtet, wird die Geschichte auslöchen und das Volk wird weiterleben. Unterzeichnen? Nicht unterzeichnen? Den kürzesten, schmerzlosesten Weg zum wirklichen Frieden zu suchen, der ja doch kommen muß, weil die Menschheit ohne ihn nicht mehr leben kann, das ist die verantwortungsvolle Aufgabe der deutschen Friedensdelegation und der deutschen Regierung in den kommenden entscheidungsschweren Tagen.

Entscheidung binnen 48 Stunden?

Paris, 26. April. „Echo de Paris“ bestätigt, daß die Konferenz von Versailles alsbald nach der Ankunft der deutschen Bevollmächtigten beginnt werde. Man werde innerhalb achtundvierzig Stunden wissen, ob die Deutschen unterzeichnen oder nicht.

Handgranatenwerfer in der Volksversammlung.

Stütige Vorfälle in Stettin.

Aus Stettin meldet W. Z. A.: Heute vormittag war von kommunistischer Seite eine Versammlung auf dem hiesigen Schlosshof berufen, die von mehreren tausend Personen besucht war. Als der Redner zu sprechen begann, erlitten von allen Seiten der Versammlung Schüsse auf die Regierung Ebert-Scheidemann. Ulrich darauf wurden von Leuten in Soldatenuiform mehrere Handgranaten geworfen, durch die ein Mann getötet und viele Personen verletzt wurden. Auf den Redner wurden Schüsse aus Armeerevolvern abgefeuert, doch wurde er anscheinend nicht getroffen. Der Menschenmenge beachtete sich Angst und Schrecken. Bei dem Gedränge nach den ziemlich engen Ausgängen wurden viele Personen, darunter viele Frauen und Kinder, verletzt.

Ein weiterer Bericht besagt: Bei der bereits gemeldeten kommunistischen Versammlung auf dem Schlosshof hat nicht Dr. Schulz-Werlin, sondern ein hiesiger Redner gesprochen. Durch die geworfenen Handgranaten wurde ein alter Mann getötet und etwa 10 Personen mehr oder minder schwer verletzt. Die Angreifer schossen auch mit Revolvern, mitschleuderten den Redner schwer und flüchteten dann in den nahe gelegenen Tucher-Ausschank am Königplatz. Sofort wurden die Sicherheitsstruppen alarmiert, die den Häuserblock umstellten und Maschinengewehre auf das Haus richteten. Nach mehrstündiger Belagerung und zeitweiliger Beschlezung ergaben sich die Leute, etwa 30; sie waren mit Handgranaten und Armeerevolvern bewaff-

Else Lasker-Schüler: Die Wupper.

Sonderaufführung des jungen Deutschland im Deutschen Theater.

Else Lasker-Schüler, die Dichterin festlicher, in orientalisches glanzvolles Gewand schwebender Lyrik, die Verkörperin einer schwallenartigen, ins Grenzüberschreitende streifenden Lyrik, die in diesem Drama in den Rahmen eines Naturalismus, der von trübseligen Drame der Abkunft, ihrer festlichen Verkörperung und Verwilderung nicht überwindend widerpiegelt. Das Stück hat Szenen und Wendungen, die die stilsche Zerkerung in lampenproletarischen wie in bürgerlichen Kreisen mit einer Kraft heil Schildern, welche hinter der von Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“ nicht zurückbleibt. Nur daß die helle Hoffnung einer besseren Zukunft, die dort, getragen von dem sozialistischen Agitator Both, noch in dem tiefsten Dunkel leuchtet, hier völlig fehlt.

Die einzige Figur, die in dem Wupperhals Heimatspiel der Dichterin eine höhere und reinere Menschlichkeit repräsentiert, ist kein sozialer Kämpfer, sondern ein still in sich geleiteter kranker Mensch, der von dem Frieden eines Klosterlebens träumt und in weisender Einsicht die eigene Blüte in die anderer hineinzieht. Das früh verordnete Bischen aus der Proletarierkategorie, das, noch halb blind, mit seinem schlammigen Bruder, dem Färbereiarbeiter, zur Nachtzeit durch die Straßen streift und von der Nachbarin der alten Mutter Pius kuppelisch angebeutet wird, scheint ihm ein Wesen, dem in der Tiefe seiner Seele ein Trieb zu lauternder Verkörperung einwohnt, und ähnlich sieht er in Karl, dem Enkel der Frau Pius, dem ihr Ehrgeiz eine glänzende Zukunft als lutherischer Pastor prophezeit, eine zu Hofem aufersehene Natur. In allem steht er ihm hilfreich bei, um dann von ihm die schmerzliche Enttäuschung zu erleben. Durch die eheliche Großmutter angezogen, magt der bunte Junge, dem die Schwester seines Beschüters durch Kollaterale den Kopf verdreht hat, einen förmlichen Heiratsantrag und rückt sich, als er abgewiesen wird, in den herkömmlichen Kreis. In der Gesellschaft von arbeitslosen Streichern, die als ein Chor eraselliger Verkommenheit durchs Stück gehen (des Bruders Friedrich, der langen Anna und des gläsernen Amodeus), zieht der in seiner Götterwelt gekränkte Putsche betrunken durch die Straßen. Während stellt sich die trauende Ehe dem Priesterkandidaten auf der Straße entgegen. Der abgeleitete Liebhaber beschimpft vor ihm das Andenken der Geliebten. So ringt die ganze hoffnungslos in schneidender Bräutigam Rhythos aus. Die lärmenden Gesellen manken über die Bräute. Der Nachwind folgt, und fröhlich, so heißt es im Text, macht sich der ewig Enttäuschte auf den Heimweg. Wie locker der Zusammenhang des Stückes und der Charaktere, daß es in bezugnehmend, daß der grundgemeine Nachsatz des Putsche — er schickt ein Bild, das die Geliebte nackt zeigt, an deren Mutter — bei der Aufführung einfach gestrichen wurde; man merkte

an; einer hat einen schweren Bauchschmerz. Anscheinend handelt es sich um einen kommunistischen Aufbruch von auswärtigen Kämpfern, die, wie man annimmt, aus Siedlerischland herbeigekommen sind, um die hiesige Arbeiterschaft, die bisher musterhafte Ruhe und Ordnung bewahrt hat, zum Aufstand aufzureizen. Mehrere Leute der Sicherheitswehr sind schwer verwundet und zwei Zivilisten getötet worden. Die Regierungstruppen ein Maschinengewehr zu entziehen versucht hatten.

Der Bericht gibt keine Klarheit über die Vorgänge. Daß die abischeiliche Tat der Handgranatenwerfer in jedem Fall auf das Schärffste zu verdammen ist, braucht wohl kaum betont zu werden. Im übrigen aber ist alles unklar. Wer waren die Täter und welches ihre Beweggründe? Wir können kaum glauben, daß wirkliche Regierungsanhänger diese Tat begangen haben sollten, die in diesem Fall nicht nur barbarisch, sondern völlig widersinnig gewesen wäre, da sie der Regierung doch nur auf äußerster Schaden konnte. Der Bericht legt die Vermutung nahe, daß Provokateure der Gegenseite am Werk waren. Hier muß die Untersuchung Klarheit bringen.

Generallstreik in Gleiwitz.

Gespannte Lage in Oberschlesien.

Aus Beuthen wird gemeldet: Dem gestern nachmittag begonnenen Sympathiestreik der ober-schlesischen Elektrizitätswerke haben sich auch die Wasserwerke teilweise angeschlossen. Der ganze ober-schlesische elektrische Stromverkehr ist lahmgelegt. Da dadurch auch andere Betriebe in Mitleidenschaft gezogen sind, sind auch wieder einzelne Kohlengruben und Hüttenwerke stillgelegt. So kann in Gleiwitz von einem Generallstreik gesprochen werden. Dort haben sich u. a. die Gleiwitzer Kohlengruben, die Eisenbahnerwerke, die Hüttenwerke, die Lokomotivwerke, die Hüttenwerke von Hagenau usw. dem Streik beitreten angeschlossen. Fast überall gilt als Hauptforderung die Zurückziehung der Grenzschutztruppen.

Ein Bericht der Pressestelle des Kommissariats in Oberschlesien nennt als Forderungen der Streikenden: 1. Sofortige Aufhebung der Freiwilligenverbände, 2. Aufhebung des Belagerungszustandes in ganz Oberschlesien, 3. Vermehrung der Kasernen zu Wohnzwecken, 4. sofortige Freigabe der zu amtlichen Zwecken benutzten Wohnhäuser, 5. sofortige Freigabe der auf Grund der Unruhen verhafteten, 6. Fortbezahlung der Streik- und Feiertagen, 7. die Arbeit der gesamten Belegschaft von Gleiwitz ruht, bis die Forderungen erfüllt sind.

Am Sonnabend hatte eine Verhandlung zwischen dem Staatskommissar für Oberschlesien Föcking und den Vertretern sämtlicher Gewerkschaften stattgefunden. Obwohl nach kurzer Aussprache eine Einigung erzielt wurde, wurde dann doch von Gleiwitz aus der Generallstreik inszeniert.

Der Streik im Ruhrrevier kann als nahezu erloschen angesehen werden. Es sind etwa 14 Proz. der Belegschaften noch ausständig; dabei ist aber zu berücksichtigen, daß in normalen Zeiten eine 10 prozentige Belegschaft für Kranke usw. zu verzeichnen ist, so daß also tatsächlich nur von 4 bis 5 Proz. gesprochen werden kann.

Eisenbahnerstreik in Sicht?

Ein Ultimatum der Berliner Eisenbahner zum 7. Mai.

5000 Eisenbahner waren Sonntag im Spazipalast versammelt. A. K. zur vom Deutschen Eisenbahnerverband berichtete über die Verhandlungen mit dem Eisenbahnministerium und anderen Regierungstellen. Angesichts der Lebensmittelpreise müsse eine Erhöhung der Bezüge erfolgen. Der Eisenbahnerverband werde am 26. Mai auf seinem Verbandstag in Jena seine Forderungen stellen. Bis dahin könnten aber die Berliner Eisenbahner nicht warten. Die Organisationsleiter hätten zunächst mit dem Reichsverkehrsminister verhandelt, ob nicht ein Abbau der Lebensmittelpreise möglich sei. Das sei verneint worden. Darum

wären die Eisenbahner genötigt, als Ausgleich für die erhöhten Preise sofort eine allgemeine Erhöhung der Stundenlöhne um 1 M. zu verlangen mit rückwirkender Kraft vom 1. April ab. Die Beamtengehälter dürften nicht hinter den Arbeiterlöhnen zurückbleiben. Der Eisenbahnminister habe bisher diese Forderung abgelehnt. Kogur fragte, ob die Forderung ermäßigt werden könne. Die Versammelten bejahten kurzweilig. Die neue Arbeitsverordnung könne auch nicht befristet werden. Es müsse auch im ersten Dienstjahre ein Recht auf Urlaub gewährt und den Kriegsteilnehmern die Kriegsjahre angerechnet werden.

Ulrich als Vertreter der organisierten Beamten kritisierte in scharfer Weise die Haltung des Ministers, der die Geheimräte weiter regieren lasse. Die Beamtenvertreter mühten mühen können. Die Richtlinien vom Kongress der Eisenbahnervertreter mühten anerkannt werden, sonst würden die Beamten nicht mehr mitmachen.

Mehrere Redner protestierten scharf gegen die Bevorzugung der Freiwilligenverbände und anderer Kreise bei der Lebensmittelversorgung und verlangten Aufhebung des Belagerungszustandes. Ballentin vom Bund der Telegraphenarbeiter erklärte sich solidarisch mit den Eisenbahnern.

Ein Vertreter der streikenden Eisenbahner in Gleiwitz berichtete, der Streik sei beantragt worden durch das präbierende Verhalten der Freiwilligenverbände in Oberschlesien, deren bestunfene Offiziere grundlos auf die Menge geschossen und auch Eisenbahner getötet hätten.

Ein Vertreter der Hochbahngestellten wünschte Aufnahme seiner Kollegen im Eisenbahnerverband.

Die Versammlung faßte einstimmig eine Entschließung, die der Erörterung über die ablehnende Haltung des Eisenbahnministers Ausdruck gibt. Die Versammelten halten an dieser Forderung fest und verlangen ihre Bewilligung bis spätestens zum 7. Mai, widrigenfalls sie alle Konsequenzen ziehen wollen.

Auf mehrere Zwischenrufe, die die Frist als zu lang bezeichneten, erklärte Kogur, auch er hoffe, daß die Verwaltung schon früher Entgegenkommen zeigen werde, sonst könnte die erregte Stimmung der Eisenbahner bereits am 1. Mai gefährliche Wirkungen auslösen. Da noch mehrere Eisenbahner wegen der Vorgänge beim letzten Eisenbahnerstreik unter Anklage stehen, wolle die Organisation alles tun, um ähnliche Schreckensurteile, wie das des Kriegsgerichts vom letzten Donnerstag, zu verhüten.

Gegen die Zerstückelung Deutschlands

nahm eine öffentliche Volksversammlung Stellung, die am Sonntag mittag im Volkstheater am Zoologischen Garten in Berlin tagte. Als erster Redner griff das Wort Dr. Rittler an: Die fünf gescheiterten Männer, aber wir wissen es wohl von uns, die fünf gescheiterten Männer zu spielen. Vor dem Feinde zu sagen, wir seien ein Teil, wäre genau so falsch, als wenn wir behaupten wollten, die anderen seien allein schuldig und wir seien völlig unschuldig. Die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch unser Zugrundelegung der Wilsonschen vierzehn Punkte hat einen Vertragszustand geschaffen. Werden die vierzehn Punkte Wilson bei dem Friedensschluß von unseren Feinden ignoriert,

so sind wir betrogen,

so wird die Welt betrogen, so wird kein dauerhafter Friede zustande kommen. (Beifall.) Was aus Maß-Notbringen werden soll, darüber soll einzig und allein die Bevölkerung entscheiden. (Beifall.) Im Westen wie im Osten will man echt deutsche Lande von Deutschland losreißen. Wenn die Feinde darauf bestehen sollten, so werden sie später wieder die Erfahrung machen müssen, daß ein Volk unüberwindlich ist, das um seine nationale Würde und um sein Recht kämpft. (Beifall.)

Dr. Bachnick: Durch die Hungerblockade sind wir an den Rand des Abgrundes gekommen. Es wäre unerträglich, wenn man uns auch noch deutsches Land nehmen wollte. (Beifall.) Dagegen müssen wir jeden Widerstand erheben. Zur Schaffung eines Völkerbundes sind die besten Vorschläge von uns ausgegangen. Von der Arbeit der Exzentriker dagegen wird der Gedanke des Völkerbundes zu Grabe getragen.

In ähnlichem Sinne sprach auch Generalsekretär Dr. Pfeiffer. Nachdem noch der Vertreter von Danzig in der Nationalversammlung, Herr Weinhausen, kurz das Wort genommen hatte, wurde eine im Sinne der Ausführungen der Redner gehaltene Entschließung, die sich scharf gegen jeden Gewaltfrieden wandte, nahezu einstimmig angenommen.

Bei der Jubiläumsfeier durch Frau Brach-Gartenberg, Heinrich durch Johannes Niemann-Haus herbeigeführt der rührend sanfte Schwärmer durch Hermann Thunig vertreten.

Conrad Schmidt.

Lothar Schmidt: Das Schloß am Wannsee.

Nach ein paar mageren Anzügen zur Satire schleppte sich dies sogenannte Lustspiel in ausgefärbten Gesellen hin. Witzige Einfälle wurden wermüßlich geredet, nur zu dem Zweck, die paar Stunden des Theaterabends auszufüllen. Trotzdem ist das Publikum bei all den alten Lachhütern freilich zu amüsiert. Jedes kleine Schloß wurde ausgiebig belacht, und der Autor, der früher in besseren Zeiten Besseres geschrieben, mit großem Aufwand von Applaus hervorgehoben. Im Künstlerbüreau!

Das Schloß am Wannsee, dessen Antikeur im Gegensatz zum Text reiz- und geschmackvoll ausgestaltet waren, wird erstanden von einem durch Geistesbildung immer reich erworbenen Kriegsgewinnler, der mit den Seinen ebendam in drei kleinen Zimmerchen der Alten Tafelstraße hauste. Eine aktuelle Anspielung, indes die Bekämpfung dieses Herrn, die so zu einer Zeitsatire so guten Stoff reichen haben würde, verfiel nicht einer Spur von individueller Kolorit, noch bringt sie es, obgleich Max Adalbert sein ausnehmender Charakteristisches Talent für sie einsetzte, zu wilsomer Kollisionspunkt. Die Ereignisse sind doch zu billig, und das Maß der Dummheit, das der Autor seinem Leopold Breitenschneider zugebeut, stimmt allzu wenig mit der Verhöhnung des kunsthistorischen Kuriositätenkammerers, die zur Ergänzung des Charakteristisches herangezogen wird, im weiteren Verlauf zu einem lustigen Pointenspiel. Der Einfall, daß ein Kunsthistoriker in der Wohnkammer des Schloßes ein rätselhaftes Rätsel entdeckt, welches nach dem Ergebnis seiner herabwürdigen Forschungen ein der transsylvanischen Kaiserin Katharina XIV. als Kostüm dient, und daß er dem Kaiserin dieses Tafelbildes sein Anwesen zum Professor erwartet, ist ein gar nicht so überherber-parodistischer III. Nur schade, daß derselbe schließlich in völlig wirklose und unbedeutende Bedauerlichkeiten verbleibt. In den Wägen gehört die noch langen Diskussionen herausgebrachte Feststellung, daß der Nachruhl zu dem Sommerkönig doch nur in den viel weniger intimen Beziehungen einer Adälsche gefunden hat. Gezielt wurde floht. Neben Herrn Adalbert stand im Vordergrund Heinrich Schrot, der die Selbstgefälligkeit eines großen Colonhelden morlant zum Ausdruck brachte.

Notizen.

Ein Kunst-Experiment. Im Leipziger Schauspielhaus ist aus Volkshilfszwecken der ganze Haus an einem Abend ausgepachtet worden. Die zehn Akte der beiden Teile waren in sechs zusammengepackt, die fünfzehn Stunden in Anstehen nahmen. Das war natürlich nicht ohne schmerzliche Opfer möglich. Der Versuch wird von der Kritik mit Vorbehalten als erste Arbeit gebüht.

Dichtabend. Friedrich Koefft lebt am 7. Mai im Meisteraal Kowellen von Bruno Frenk

